

Bezugspreis:

Einzelheft 10.- M., monatlich 10.- M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 10.- M., einsech-  
stellige Gebühre. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Lettland 20.- M. für  
das übrige Ausland 27.- M. Post-  
bestellungen nehmen an Ostpreußen,  
Litauen, Lettland, Ostgalizien, Böh-  
men, Mähren, Schlesien, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Stellung und Meinung“  
erscheint wochentlich zweimal, Son-  
ntags und Vortage einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgepaltenen Kompartimente  
kosten 1,50 M. „Kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-  
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes  
weiteres Wort 1.- M. Stillschweigen  
und Schlusszeilenanzeigen das erste  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 4.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Einber-  
sche 3, abgegeben werden. Öffnen  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Dienstag, den 26. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

# Deutschland bietet 200 Goldmilliarden.

Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger  
in Berlin ist am 24. d. M. folgende Note übergeben  
worden:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika  
hat durch ihr Memorandum vom 22. April in dankenswerter  
Weise die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege  
von Verhandlungen das Reparationsproblem zu  
lösen, bevor es durch Zwangsmaßnahmen uns lösbar  
gemacht ist. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt  
der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung.  
Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen das  
äußerste anzubieten, was nach ihrer Ueberzeugung die deutsche  
Wirtschaft selbst bei günstigster Entwicklung aufzubringen  
vermag. Sie lauten folgendermaßen:

1. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation  
eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtig-  
wert anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser  
Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind,  
zum Gesamtbetrag von

200 Milliarden Goldmark

zu zahlen. Deutschland will keine Zahlungsverpflichtungen in nach-  
stehender Form mobilisieren:

2. Deutschland legt sofort eine

internationale Anleihe

auf, deren Höhe, Zinssatz und Amortisationsquote zu vereinbaren  
wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihr weit-  
gehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unterlagen  
ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwartet werden  
kann. Der Ertrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Ver-  
fügung gestellt.

3. Den Betrag der zu zahlenden Summe, der durch die inter-  
nationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe  
seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland  
hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Proz. jährlich für  
möglich.

4. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besser-  
ung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen  
zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem Zwecke  
variabel zu gestalten. Im Falle der Besserung, für die ein Indez-  
schema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlech-  
terung entsprechend sinken.

5. Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will  
Deutschland sich mit aller Kraft an dem

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe  
der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegeselend und  
Völkerhaß gemildert wird. Deutschland erbietet sich, den Wiederauf-  
bau bestimmter Städte, Dörfer und Flecken selbst zu übernehmen  
oder auf jede andere den Alliierten erwünschte Weise mit seiner  
Arbeit, seinen Materialien und seinen Hilfsmitteln am Wieder-  
aufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst  
zu tragen haben. Näheres ist hierüber in der deutschen Wieder-  
aufbaunote an die Reparationskommission festgelegt.)

6. Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, über den Wieder-  
aufbau hinaus nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren  
Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen.

7. Um den unverkennbaren Beweis seines guten Willens zu  
geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den  
Betrag von 1 Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung  
zu stellen:

- a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und  
Devisen,
- b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzweseln, die  
längstens innerhalb drei Monaten in Devisen und aus-  
ländischen Wertpapieren eingelöst werden.

8. Falls es dem Wunsche der Vereinigten Staaten von Amerika  
und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein,  
nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten  
aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu  
nehmen.

9. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die  
deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamt-  
schuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise  
und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen  
verhandelt wird.

10. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den  
Sollgebern in einer näher zu vereinbarenden Weise aus öffentlichem  
Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche  
Garantie zu geben.

11. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche  
anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken, auch  
wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Aus-  
land freigelegt.

12. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar,  
wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige  
Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die  
deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von un-  
produktiven Ausgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den festen Willen Deutschlands  
bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungs-  
fähigkeit zu ersehen. Sowohl die angebotenen Summen wie  
die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungs-  
fähigkeit. Soweit über deren Beurteilung Meinungsver-  
schiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regie-  
rung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen genehme  
Kommission anerkannter Sachverständiger  
prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, deren gutachtliche  
Entscheidung als bindend anzunehmen.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der  
Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung  
der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung  
bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam ge-  
macht wird, in denen entweder amerikanischen  
Regierung eine Aenderung wünschenswert  
erscheint. Auch würde die deutsche Regierung  
andere Vorschläge der amerikanischen Re-  
gierung bereitwillig entgegennehmen.

Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß  
der Frieden und die Wohlfahrt der Welt von einer schleunigen,  
gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängt,  
um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die  
Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerk-  
samkeit der alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu  
lenken.

Berlin, den 24. April 1921.

Die Vorschläge der deutschen Regierung, die gestern Har-  
ding übergeben wurden und heute endlich veröffentlicht werden  
dürfen, sind unter dem Eindruck der Nachricht entstanden, daß  
die furchtbarsten Zwangsmassnahmen der Entente unvermeid-  
lich seien, falls nicht Deutschland sofort die Annahme der Pa-  
riser Beschlüsse oder etwas ihnen ungefähr Gleich-  
wertiges in Aussicht stelle. So wurde es zum Grundgedanken  
dieser Vorschläge, der Entente materiell das anzubieten, was  
sie mit ihren Pariser Beschlüssen gefordert hatte, und die  
Ueberlegungen bewegten sich vorwiegend nach der Richtung,  
inwieweit es möglich sei, durch die Art der technischen Aus-  
führung auch die wirkliche Leistung sicherzustellen.

Wenn man weiter bedenkt, daß es sich auch hier noch um  
Vorschläge handelt, die die Grundlage neuer Verhandlungen  
bieten sollen, so kann man sich nicht vorstellen, wie die Ver-  
gunde von der deutschen Zahlungsumwilligkeit noch weiter aus-  
rechterhalten werden soll. Die deutsche Regierung hat im  
Gegenteil, um das Allerletzte und Allerschwerste von Deutsch-  
land abzuwehren, mit ihrem neuen Angebot die Grenzen  
weit überschritten, die noch vor wenigen Wochen  
dem ganzen deutschen Volk einschließlich der sozialistischen  
Parteien als die äußerst möglichen betrachtet wurden.

Trotzdem wird man sich keiner Täuschung darüber hin-  
geben dürfen, daß damit der Streit zwischen den Grundfragen  
der Verständigungs- und der Gewaltpolitik, der jetzt im Lager  
der Entente herrscht, noch keineswegs entschieden ist, daß also  
der Erfolg, den die deutsche Regierung mit ihren neuen Vor-  
schlägen anstrebt, durchaus noch nicht feststeht. Mehr und  
mehr gewinnt man den Eindruck, daß der französische  
Ministerpräsident Briand nicht mehr Herr seiner eigenen Ent-  
schlüsse ist, sondern von einer neuentstandenen nationalistischen  
Bewegung immer weiter vorwärtsgetrieben wird. Diese Be-  
wegung will nichts von neuen Vorschlägen hören und nichts  
von neuen Verhandlungen, auch eine glatte Annahme der Pa-  
riser Beschlüsse würde ihr keine Befriedigung gewähren, son-  
dern was sie will, das ist eben die nackte Gewalt, die rasche  
systematische Zerstörung der deutschen Volkskraft, um auf  
ihren Trümmern die Vorherrschaft Frankreichs in  
Europa für alle absehbare Zeit sicher auszurichten.

Diese Bewegung schreitet in Frankreich von Erfolg zu  
Erfolg. Ihr neuester ist der Beschluß der Reparationskom-  
mission, von Deutschland die Ueberführung von einer Milliarde  
in Gold in die Kasse der Bank von Frankreich bis zum  
30. April — also binnen fünf Tagen — zu verlangen. Es  
ist nichts anderes, als die österreichische Taktik  
gegen Serbien, die in gigantisch vergrößerten Maß-  
stäben hier angewendet wird: man stellt Forderungen, nicht  
damit sie erfüllt werden, sondern damit ihre vorausgesehene  
und erhoffte Nichterfüllung als Vorwand zu militärischem  
Vorgehen herbeigeführt werden kann.

Diese Taktik wird einträglicher erschwert — nach den  
bisherigen Erfahrungen allerdings nicht unmöglich gemacht —

durch den Umstand, daß die deutsche Regierung es in klarster  
Weise ausspricht, sie betrachte auch diese Vorschläge nach  
nicht als ihr letztes Wort. Sie ist bereit, für eine etwa ge-  
wünschte Neuformulierung die Ratsschlüsse Amerikas  
entgegenzunehmen, das nun seinerseits nicht verfehlen wird,  
die Meinung der Entente über etwa noch gewünschte Aende-  
rungen einzuholen.

Sollte nun doch nicht verhandelt, sondern marschiert wer-  
den, so würde es in Deutschland keinen Menschen geben, der  
das nicht als die größte Injämie der Welt-  
geschichte empfinden würde. Könnte aber die Entente  
unter solchen Umständen trotzdem marschieren, ohne daß ihre  
eigenen Völker ihr Haß gebieten, so wäre damit der Beweis  
erbracht, daß wir bisher seit 1914 noch keinen Tag wirk-  
lichen Friedens erlebt haben, sondern daß der Geist kriegs-  
rätischer Zerstörung weiter rast, welchen Zielen zu — wer  
weiß es?

#### Rätselraten.

Paris, 26. April. (E.E.) Dem „New York Herald“ wird aus  
Washington gemeldet, daß um die deutschen Vorschläge noch das  
strengste Geheimnis walle. Man erwartet jedoch, daß dieser  
Schleier noch in der heute stattfindenden Kabinettsitzung gelüftet  
werden wird. Da nur Staatspräsident Harding und Staats-  
sekretär Hughes über die deutschen Vorschläge unterrichtet sind,  
nimmt man an, daß nichts geschehen werde, ehe nicht das ganze  
Kabinett dazu Stellung genommen habe. Man erfährt über die  
deutschen Vorschläge, daß sie wichtige Zugeständnisse an die All-  
iierten enthalten sollen, die jedoch nicht soweit gehen, daß  
es irgendeine offizielle Persönlichkeit auf sich nehmen  
würde, den Gegenstand zu erörtern. Ob das deutsche Angebot  
vom Gesamtkabinett als geeignet angesehen werden wird, um weiter-  
geleitet zu werden, ist immer noch die Frage.

#### 1 Milliarde Goldmark bis zum 30. April!

Havas veröffentlicht folgende Note der Reparations-  
kommission:

Die Reparationskommission hat in ihrer Vollziehung vom  
25. April 1921 mit Bedauern von der Mitteilung der deutschen Re-  
gierung vom 22. April Kenntnis genommen und von ihrer Wei-  
gung, den Metallbestand der Reichsbank nach Koblenz oder Köln  
überzuführen zu lassen. Sie bedauert, daß die deutsche Regierung  
nicht die Sorge verstanden hat, die den Brief vom 21. April veran-  
laßte. Das Ersuchen, den Goldbestand nach dem befohlen Gebiet  
zu überbringen, wurde nur von dem Wunsche beherrscht, die Be-  
stimmungen des Vertrages mit den möglichen Erforder-  
nissen des deutschen Wechselkurses in Einklang zu bringen.  
In Anbetracht der Haltung, die die deutsche Regierung in dieser An-  
gelegenheit einnehmen zu müssen glaubt, und in Anbetracht ihrer  
Verpflichtungen gegenüber den Verpflichtungen des Vertrages, die aus  
dem Artikel 235 hervorgehen, steht sich die Reparationskommission ge-  
zwungen, die Vollmachten auszuüben, die ihr der Ver-  
trag gibt, und die Ablieferung eines Betrages von einer  
Milliarde Goldmark an die Reparationskommission bis  
spätestens 30. April in die Kasse der Bank von Frank-  
reich zu verlangen. Die Reparationskommission kann die Be-  
ziehungen der deutschen Regierung zu der Reichsbank nicht zur De-  
batte stellen, denn sie hat die Gewißheit, daß die Reichsregierung,  
wenn sie den guten Willen hat, darauf zurückzugreifen, auch die  
Mittel hat (1), dem Verlangen der Reparationskommission zu ent-  
sprechen. gen. Louis Dubois, gen. Sir John Bradbury.

Die erste Forderung der Reparationskommission ging be-  
kanntlich dahin, den gesamten Metallbestand der  
Reichsbank nach der Filiale der Reichsbank in Köln oder  
Koblenz zu überführen mit dem Anheimstellen, diesen  
Metallbestand weiter in der Bilanz der Reichsbank figurieren  
zu lassen. Für den Fall der Ablehnung wurde schon damals  
mit der Forderung der Uebergabe gedroht.

#### Neue Konferenz in London.

London, 26. April. (B.T.B.) Reuter meldet, es erscheine sicher,  
daß der Oberste Rat nächsten Sonnabend in London und nicht  
in Paris zusammentrete. „Daily Telegraph“ führt aus: Die britische  
Regierung betrachtet die Frage der 600 Millionen Pfund  
Sterling, die am 1. Mai fällig sind, als untergeordnet.  
Sie berechnete an sich nicht dazu, unmittelbar nach dem festgesetzten  
Zeitpunkt Zwangsmassnahmen in Kraft treten zu lassen,  
wenn Deutschland in der Zwischenzeit ein befriedigendes  
Angebot auf der allgemeinen Grundlage des Pariser Abkommens  
gemacht habe. Loucheurs Projekt einer „interalliierten Kon-  
trolle und Ausbeutung“, das nach Loucheurs Schätzung jährlich 250  
bis 300 Millionen Pfund Sterling einbringen sollte, sei bei den Be-  
rathungen von Lympe vollständig fallengelassen worden.  
Unter dem einfachen System, das jetzt die Zustimmung finde und

das vorsehe 1. eine Kohlensteuer, 2. eine Ausfuhrabgabe und 3. Besteuerung an dem Gewinn der deutschen Industrie, würde die jährliche Einnahme etwa 150 Millionen Pfund betragen. Davon seien jedoch die Befahrungskosten in Höhe von etwa 60 Millionen Pfund abzuziehen.

### Vorberatungen.

Paris, 26. April. (WZB.) Die französische Regierung hat als Sachverständige bei der Durchberatung der eventuell zu ergreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen, die morgen zwischen den französischen und englischen Sachverständigen beginnen, Minister Loucheur und Ministerialdirektor Soudouy bestimmt. Minister Loucheur hat sich bereits gestern Abend nach London begeben.

### Die amerikanische Friedensresolution.

Paris, 26. April. (WZB.) Nach einer „Matin“-Meldung aus Washington hat die Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten die Resolution Knog angenommen und an ihr nur leichte Änderungen vorgenommen. Wie die „Chicago Tribune“ hierzu mitteilt, wird Senator Lodge mit größtem Nachdruck sich dafür aussprechen, daß die Resolution schnell verabschiedet wird. Nach einer weiteren Meldung hat gestern der Vorsitzende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten in dem Repräsentantenhaus zwei neue Entschlüsse eingebracht, durch die das Ende des Kriegszustandes mit den Mittelmächten erklärt wird. Er erklärte, daß seine Tagesordnung in genauer Anlehnung an die Botschaft des Präsidenten Harding redigiert sei, daß sie die Bedingung über den Schutz aller amerikanischen Rechte enthält, und daß sie dem Präsidenten volle Freiheit, einen Vertrag abzuschließen, lasse.

### Oesterreichs neuer Landtag.

Wien, 26. April. (Frst. Jtg.) Bei den Wahlen zum österreichischen Landtag, der 60 (bisher 52) Abgeordnete zählt, erhielten die Christlich-Sozialen 32 (26), die Sozialdemokraten 22 (20), die Großdeutschen 6 (6) Mandate. Das Verhältnis der Parteien und daher auch die Zusammensetzung der nach dem Proporzverfahren zu wählenden Landesregierung bleibt unverändert. Gegenüber den Nationalratswahlen vom vergangenen Oktober verzeichnen die Sozialdemokraten einen Zuwachs von rund 26 000, die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen eine Abnahme von 20 000 Stimmen.

### Die belgischen Gemeinderatswahlen.

Brüssel, 26. April. (Ill.) Aus verschiedenen großen Städten ist das Ergebnis der Gemeinderatswahlen noch nicht bekannt. Für Brüssel ist das vorläufige Ergebnis bekannt: 14 Katholiken, 14 Liberale, 13 Sozialisten, 3 Abgeordnete des Mittelstandes, 3 ehemalige Kriegsteilnehmer. In Mecheln: 11 Sozialisten, 8 Katholiken, 5 Liberale und 3 Nationalisten. Soemen: 11 Katholiken, 10 Sozialisten und 4 Liberale. Ostende: 10 Liberale, 9 Katholiken und 6 Sozialisten. Antwerpen: 15 Katholiken, 14 Sozialisten, 13 Liberale und 3 Mitglieder der Frontpartei. Der frühere Gemeinderat bestand aus 30 Liberalen, 7 Sozialisten und 2 Katholiken.

### „Krawall“ in Pommern.

Man schreibt uns aus Vorpommern: Die Presse der Reichsbolschewisten macht zurzeit viel Lärm über einen „Krawall“, der in der Nähe von Greifswald vorgefallen sein soll. Landarbeiterkrawall natürlich! Schwere Bedrohung, Schüsse, Landrat, 6 Landjäger — es war alles da. Fehlt nur noch die Fortsetzung: ein Urteil der bekannten Brühmannkammer in Greifswald. Die Wahrheit, wie sie aus zahlreichen unmittelbar nach dem Vorgang zu Protokoll gegebenen Erklärungen hervorgeht, gibt freilich ein anderes Bild: ein Schnitter verlangt, da seine Frau ihrer Niederkunft entgegensteht, seine Entlassung. Er wird schroff vom Arbeitgeber abgewiesen. Worinwechsel. Der Arbeitgeber nimmt den Stod. Sein „Elebe“, ehemaliger Offizier, eilt

hinzu — als Rothbeller. Der Schnitter liegt am Boden, wird von den beiden Gentlemen gemeinsam fürchtbar verprügelt. Das war zuerst selbst für die ruhigsten Pommern, die nun, eingeeiffene Landarbeiter zusammen mit Schnittern, eben von der Arbeit kommend, herbeieilen. Da fällt ein Schuß auf die Gruppe. Das war erst recht zuviel für die pommerschen Landarbeiter, für die Kriegsteilnehmer zumal. Dem „Herrn“ wird der Revolver fortgenommen, er samt seinem Rothbeller bekommen, wie man sich landesüblich ausdrückt, „die Jacke voll“.

Und das ist alles? Nein, das ist nur ein kleiner, ganz kleiner Teil eines großen Ganzen. Die Herren Großgrundbesitzer gehen auf Ganze. Es geht gegen die eingeeiffene Landarbeiterschaft. Sie soll zurück ins Joch der „gottgewollten Abhängigkeiten“. Wie ist das wohl am besten zu machen? Ganz einfach: Ausländer her! Ausländer, recht ose und billige und bequeme Ausländer — und wenn es selbst Bolschewisten sind. Vielleicht sogar: erst recht Bolschewisten! Sie im Lande, dazu der eine oder andere „Krawall“. Ja, da muß doch selbst der schlimmste „Spießer“ in Schönlanke oder in einem anderen Weltplatz einsehen: hier hilft nur Orgeß! Her mit Orgeß! Orgeß gegen die Bolschewisten, Orgeß gegen die „Krawalle“. Orgeß gegen — Tariff! Denn „zufällig“ ist im Bezirk der Landarbeiterschaft abgelaufen — und die Agrarier weigern sich unter den ungläublichen Vorwänden, ihn zu erneuern. Desto eifriger sind sie beim „Import“ von Ausländern.

Die Ausländerfrage beherrscht zurzeit gerade das öffentliche Leben Vorpommerns. In der ersten Sitzung des Provinziallandtags, in den neugewählten Kreistagen, in Versammlungen, in den Sitzungen der Komitee, in den Kreisen, auf der Bahn, bei Konferenzen, die die Regierung veranstaltet, überall wird diese lebenswichtige Frage erörtert — nur nicht in den deutschen und „nationalen“ und die große Vorliebe für Ausländer, das reimt sich freilich schlecht zusammen. Da kommen selbst die Landtagsorgane schlecht gegen an — der Landbund, der um so eifriger hinter den Kulissen wirkt, für seine lieben Schnitter, der Landbund, führend natürlich im Kampf gegen die deutsche eingeeiffene Landarbeiterschaft.

In Grimmen hat der Landbund, entgegen der Verordnung des Reichsarbeitsministers, bei Feststellung der Bedarfslisten für Schnitter zum Rübenbau es einfach abgelehnt, den vorgeschriebenen paritätischen Sachverständigenausschuß für den Kreis zu beschicken. Sie verhandeln nicht mit Arbeitnehmern! Das Landesarbeitsamt in Stettin hat leider die gesamten Bedarfslisten als rechtswidrig aufgestellt und unbrauchbar nicht zurückgeschickt. Die ausländischen Schnitter strömen ins Land, Tag für Tag — und dabei sind im Nachbarreise Franzburg, wie in öffentlicher Kreisversammlung festgestellt, über 400 einheimische Arbeitslose, darunter gegen 200 gelernte Landarbeiter, die meisten verheiratet. Die einheimischen gelernten Landarbeiter gehen spazieren während der Ackerbestellung, auf die so viel ankommt. Was sie an „nationaler“ Arbeit leisten können, leisten wollen: dafür verwendet man ausländische Schnitter — auf „treu-deutschnationalem“ Boden.

Wir hoffen, daß endlich die Reichsregierung zwischenfährt, daß sie Fraktur spricht mit den Agrariern, mit dem Landbund, daß sie den Tarif heranzieht und alle überzähligen, für den Rübenbau nicht benötigten ausländischen Schnitter herauschafft! In Vorpommern macht kein Mensch „Krawall“, in Vorpommern ist alles ruhig — außer dem Landbund!

### Der Ferry-Justizskandal.

Im Anschluß an das Urteil im Siegesäulen-Prozess geschrieben von:

Das Gericht hat seine Aufgabe, den Tatbestand aufzuklären, soweit dies menschenmöglich ist, in keiner Weise erfüllt. Es hat sich geweigert, sowohl hölz als Zeugen zu vernehmen, als auch den geheimnisvollen Ferry zu ermitteln, und herbeizuschaffen. Hier zeigt sich, wie unheilbar der Zustand ist, daß die Ausnahmegerichte den Umfang der Beweisaufnahme nach völlig freiem Ermessen bestimmen, ein Mangel, gegen den sich namentlich der sozialdemokratische Antrag richtet.

Das war 19. April. Mittlerweile ist nun Ferry ermittelt worden, und es zeigt sich, wie gerechtfertigt unsere Kritik war, denn der nicht zu ermittelnde Ferry alias Wilhelm Hering sah bereits seit 1. April in Haft. Aber noch viel mehr. In der „Vossischen Zeitung“ stellt ein offenbar gut orientierter Mitarbeiter fest:

1. daß Wilhelm Hering unter seinem Namen in Berlin (bei dem Ehepaar Wolf) polizeilich gemeldet war,
2. daß mehrere Photographien von ihm in der Vossischen Wohnung beschlagnahmt worden waren,
3. daß er unter seinem Namen in Halle am 1. April verhaftet wurde,
4. daß kein Steckbrief hinter Hering erlassen war,
5. daß die Berliner Polizeibehörde, die sich insbesondere mit der Aufklärung politischer Verbrechen beschäftigt, über die Namen der in anderen Städten verhafteten politischen Verbrecher keine Benachrichtigungen empfängt.

Hiermit ist nun zu vergleichen, daß der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Fränkl, während der Verhandlung darauf aufmerksam gemacht hat, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Ferry mit dem beim Ehepaar Wolf gemeldeten Wilhelm Hering identisch sei, daß er den Antrag gestellt hat, den in Halle wohnenden Vater des Wilhelm Hering über dessen Tätigkeit als Zeugen zu vernehmen, daß der Verteidiger ferner mitgeteilt hat, daß der bewußte Ferry während der Märzunruhen unter anderem Namen in Halle verhaftet worden sei. Nur wisse er, der Verteidiger, nicht, ob er sich noch in Haft befinde.

Trotzdem hat das Gericht alle Anträge des Verteidigers abgelehnt. Man kann unmöglich behaupten, daß eine Beweisaufnahme erschöpfend gemessen ist, in der die Vernehmung des mit Wichtigkeit zu ermittelnden Hauptanklagers unterlassen würde.

Das Gesetz über die Sondergerichte läßt das Wieder aufnahmeverfahren zu, wenn eine Nachprüfung des Falles wünschenswert erscheint. Absichtlich ist hier — wegen des Fehlens anderweitiger Rechtsmittel — die Möglichkeit einer Wiederaufnahme gegenüber der Strafprozessordnung sehr erleichtert worden. Eine Korrespondenz behauptete allerdings neulich, das Wiederaufnahmeverfahren könne in diesem Prozeß auch dann nicht stattfinden, wenn der geheimnisvolle Ferry ermittelt würde. Das ist eine vollständige Verkennung des Gesetzes. Gerade hier liegt ein typischer Fall vor, wo das Wiederaufnahmeverfahren seiner viel zu weit gehenden Befugnisse, die Beweisaufnahme einzuführen, den Tatbestand nur ganz oberflächlich ermittelt hat. Daß es damit dem Ansehen der Rechtspflege gedient hat, wird niemand behaupten können.

### Eine verspätete Entdeckung.

Die „Deutsche Zeitung“ ist wieder einmal in der glücklichen Lage, den „Aufmarschplan“ der Kommunisten für den nächsten Aufbruch zu veröffentlichen. In ihrer Freude hat sie nur das eine übersehen, daß ihre neue Entdeckung eine — sehr alte ist. Genau den nämlichen Plan hat schon vor mehr als einer Woche der damalige preussische Innenminister Severing als ein Muster blödsinniger Spionagemache im preussischen Landtage zitiert. Unter schallender Heiterkeit (inklusive der Deutschnationalen) hat er beispielsweise folgende Stelle dieses „kommunistischen Feldzugsplanes“ verlesen:

Der Einmarsch braucht nicht geräuschlos vonstatten zu gehen, sondern ist womöglich mit klingendem Spiel oder mit Gesang zu vollziehen.

Im preussischen Landtag hat sich damals niemand gefunden, auch kein Deutschnationaler, der dieses blöde Nachwort zu verteidigen wagte. Das hindert aber nicht, daß acht Tage später ein deutschnationales Blatt seinen Lesern dieses Elaborat als „neueste Entdeckung“ vorsetzt. Die geistigen Ansprüche der Rechtspresse an ihr Resepublikum sind wohl bescheiden.

### Zoll.

#### Ein Beitrag zur Tiroler Abstimmung.

Von Fritz Müller, Parteilichen.

Im bayerischen Rittenwald amteil ein österreichisches Zollamt. Die Amtsstube ist 3 Meter lang und 4 Meter breit, macht 12 Quadratmeter. Auf einen Quadratmeter gehen laut Zollstatistik zweieinhalb Zollbeamte. Das Glaubensbekenntnis hat darauf keinen Einfluß. Das gibt 30 Zollbeamte. Angestellt sind aber 31. Daher die österreichische Zollkrise. Erwägungen zur Behebung der Krise sind im Gange.

„Laut S' halt den einsdreißigsten furt!“ rief man im benachbarten bayerischen Zollamt.

Die Aug'n! Furt! Bei uns ist noch nie einer furtkemma. Bei uns kemma nur Leut' her.“

Das ist ganz natürlich. Denn ein Grenzamt ist erst in zweiter Linie ein Grenzamt. In erster Linie ist es eine Verpflegungstation. Leute, bei denen man sich den Kopf kratzt: „hm, wohin damit?“, werden am besten auf ein Zollamt verschoben.

Bleibt also nur der zweite Weg aus der österreichischen Zollkrise: Die Rittenwälder Zollstube muß vergrößert werden.

Ich habe es ausgerechnet. Wenn man in der Länge 36 Meter und in der Breite 97 Meter anfügt, könnten hergezaunt 25 000 Zollbeamte untergebracht werden, ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis.

Ich habe das dem österreichischen Zollamt mitgeteilt. Die Aug'n! Ich weiß nicht, was die Leute haben. Wenn man ihnen doch die Redenarbeit abnimmt!

Mit anderer Arbeit sind sie ohnehin schon überlastet. Zum Beispiel mit der Postkontrolle.

Du sitzt mit ruhigem Gemissen auf deinem Fensterplatz und freust dich der ewigen Berge draußen, die dich unberührt von Zoll und Pöbeln mit der alten stillen Güte ansehen. Obgleich sie nördlich amtlich-bayerisch und südlich amtlich-tirolisch dreinschauen sollten. Ihren Paß? Du fährst auf. Vor dir steht ein todernster österreichischer Zollbeamter. Er ist 2,23 Meter lang. Dagegen dich nur 0,60 Meter. Vermutlich, damit mehr davon auf den Quadratmeter gehen. Wodurch die österreichische Zollkrise wesentlich erleichtert werden könnte.

Ich selbst bin nicht erleichtert. Ein jeder Mensch, der nach dem Paß gefragt wird, ist das Gegenteil. Gott weiß, warum. Hände, die den Paß hinhalten, müssen jähren. Ob man schmuggelt oder nicht. Ob man wegen Raubmordes fleißig verfolgt wird oder nicht.

Gott sei Dank, mein Paß ist in Ordnung. Ich kann meine Beine behaglich nach Tirol hinstrecken.

„Hören Paß!“ Ein zweiter Todernster steht vor mir. Ich zeige, er brummt und nickt. Ich strecke meine Beine wieder nach Tirol.

„Hören Paß!“ Der dritte steht, wie aus dem Grab gestiegen, da. Ich zeige, er brummt und nickt. Ich strecke meine Beine zum drittenmal nach Tirol.

„Hören Paß!“ Beim Stenographenwanzigen bekam ich das Reichen in der Urnen. Beim Logenwanzigen nagelte ich den Paß auf die

Vorderseite meines Steifhutes. Es war die höchste Zeit. Schon nach der Reumundwanzigen im Traversschritt.

„Hören Paß!“ Jetzt vertauschten wir die Rollen. Ich brumpte und mein Hutpaß nickte, er aber zeigte mich bei seinem Vorgelegten an, ich hätte die Zollhöhe verhöhnt.

Zur Strafe dafür fand der Vorgelegte meinen Paß nicht ganz in Ordnung. Es gibt keinen Paß, der so in Ordnung wäre, daß ihn das Auge eines strafenden Zollbeamten nicht in Unordnung bringen könnte.

„Es fehlt das Bisum — dreißig Mark!“ — sagte er streng. „Ich öffnete das Fenster, damit der Tiroler Wind das nächste Blatt in meinem Kopfsack umschlagen konnte: hier ist das Bisum.“

„Es fehlt der Uebergangsvormerk — fünfzig Mark!“ — grollte er. Ich wiegte den Kopf, um den Uebergangsvormerk aufzublätern.

„Es fehlt“, schrie er, „es fehlt die Beinhaltung des Uebergangsvormerks — fünfundsiebzig Mark!“

„Was fehlt?“ fragte ich so sanft wie möglich. „Die Beinhaltung!“ „Berstich ich nicht.“

„Beinhaltung ist ein Grenzwort“, flüchte mich mein Nachbar auf.

„Wie schreibt man's?“ fragte ich matt.

Da nahm er ein Blatt Papier und schrieb Beinhaltung.

„Ach so“, sagte ich, zog mein linkes Bein aus Tirol zurück und streckte es dem Vorgelegten hin.

Der Vorgelegte witzte. Mein Nachbar sagte, das sei nicht die rechte Beinhaltung. Darauf hielt ich mein rechtes Bein hin. Darüber stolperte der Lange und fiel hin. Seine ersten zwei laufenden Meter kamen nach Bayern zu liegen. Die restlichen 25 Zentimeter zielerten in Tirol: „Fehlende Beinhaltung — fünfundsiebzig Mark — fünfundsiebzig Mark!“

Da kam ein Mann über den Bahnsteig gelaufen. In der Hand ein Telegramm. „Tiroler Abstimmungsergebnis!“ schrie er, hurra, die Grenze fällt.“

Ich atmete auf. Meine Brieftasche atmete auf. Der Wagen atmete auf, zwei Länder atmeten auf.

Durch das offene Fenster wehte von den Bergen Frühlingssturm. Den Paß wehte er mir vom Hut. Zwischen seinen Stößen klang's vom Walde: „Rudua... Rudua...!“ Die 32 Zentimeter aber wimmerten: „Wenn die Grenze fällt... und ich?... und der Zoll?... wohin?“

„Zum...“ sagte mein Tiroler Nachbar bedächtig, „zum...“

hold habe ich seinerzeit berichtet. Was er auf dem Gebiet der „hohen Kunst“ erzieht und leistet, zeigt jetzt eine Kollektionsausstellung bei Helter, BleitrustraÙe 12. Der Ausgangspunkt des Kunstschaffens ist bei Broß nicht die Komposition, d. h. das Idealbild aus Linien und Farben, dem die Wirklichkeitsindrücke rücksichtslos untergeordnet werden, sondern das Naturbild. Ich habe vor manchen Arbeiten den Eindruck, daß sie nach der Natur gezeichnet und dann erst kubistisch umgeformt sind. Die Mehrzahl der Jüngsten schlägt bekanntlich den umgekehrten Weg ein und die orthodoxen Kirchenörter des Expressionismus erklären ihn für den allein seligmachenden. Aber mir scheint, das Resultat entscheidet und dieses ist bei Broß in hohem Maße erfreulich. Von seinen Bildnissen geht ein Glühen, Leuchten und Funkeln aus, das nicht nur die Sinne reizt, sondern auch tiefere seelische Empfindungen auslöst und die Phantasie des Beschauers in Traum- und Märchenländer entrückt.

Ein Farbendichter ist auch Kurt Schwitters, von dem im Sturm, Potsdamer Str. 124a, nicht weniger als 70 Arbeiten zu sehen sind. Er übertrifft Broß an raffinierter Geschmackskultur, aber ihm mangelt die kraftvolle, gesunde Frische. In seinen „Märzbildern“, die er aus farbigen Papierstücken, Zeugstücken, Wattebäuschen usw. zusammensetzt, gestaltet er zarte, verschwimmene, Stimmungsvolle und er bevorzugt gebrochene, leise zitternde Farbverläufe. Ein psychologisches Rätsel ist es, daß dieser verträumte Poet zumellen von einem, wie es scheint, unabweisbaren Hang zum derbsten dadaistischen Lul und Bluff erfaßt wird. Hinter seinem „Weihnachtsbild“ (Nr. 15) hat er einen kleinen Musikapparat angebracht, dem eine mitten in der Bildfläche stehende Kurbel die Melodie „Stille Nacht, heilige Nacht“ entlockt. Auch seine „Märzplastiken“ scheinen nur lediglich ein kindliches Spiel zu sein, in dem man den hohen Sinn vergebens sucht.

Das kürzeste Romankapitel. Zu dieser Notiz in Nr. 184 wird uns geschrieben: Lawrence Sterne hat in dem kürzesten Kapitel seines Romans „Tristram Shandy“ unter der Ueberschrift immerhin noch einige Gedankenstriche. Wenn wir uns aber in der Weltliteratur umsehen, finden wir tatsächlich ein noch kürzeres Romankapitel, nämlich in dem berühmten japanischen Roman „Genji-mongotari“, den die japanische Schriftstellerin Murasaki Shikibu um das Jahr 1000 geschrieben hat. Dieser auch kulturgeschichtlich wichtige Roman handelt von den Erlebnissen, besonders den Liebesabenteuern eines Prinzen Genji. Der Tod dieses Prinzen wird erzählt. Ritt dessen hat das 41. Kapitel, in dem man einen Bericht darüber erwartet, nur die Ueberschrift „Kumo-goture“ („Das Verschwinden in den Wolken“), womit der Tod angedeutet wird. Jeder weitere Text fehlt unter der Ueberschrift. (Gedankenstriche gibt es allerdings auch in der japanischen Schrift nicht.) E. B.

Das kürzeste Theater für die Schranhallen Groß-Berlin veranstaltet am 30. April, nachmittags 3 Uhr, im Schiller-Theater, Charlottenburg, eine Sonderaufführung vom „Mund der Soldaten“.

Berliner Gezeiten. Die Frühjahrs-Ausstellung bleibt noch bis Mitte Mai geöffnet. Am Sonnabend, den 30. April und Sonnabend, den 7. Mai wird der Eintrittspreis für die Ausstellung auf 1 R. ermäßigt.



# Gewerkschaftsbewegung

**Die SPD-Funktionäre der Holzarbeiter**  
nahmen am Montag zur Generalversammlung der Berliner Zahlstelle Stellung, die am Donnerstag stattfindet. Leopold gab den Situationsbericht. Es ist ein gemeinsames Vorgehen mit den Unabhängigen durch Verhandlungen vorbereitet worden. Voraussetzung für den Erfolg ist die Anwesenheit sämtlicher Delegierten. Vor allem ist durchzusetzen, daß der Beschluß der Generalversammlung vom 15. März auf Besichtigung des Moskauer Kongresses durch zwei Delegierte der Zahlstelle wieder aufgehoben wird. Dann handelt es sich um die Bahnen von Angestellten für die Ortsverwaltung. Diejenigen bisherigen Angestellten, welche nicht Kommunisten sind, sollen bestätigt werden. Dagegen sind als Angestellte die Kommunisten Reusch, Thielmann, Pelen und Pracht nicht wiederzuwählen.

Die Diskussion ergab Übereinstimmung darüber. — Auch über die Befehung der Prüfungskommission für Neubewerbungen sind Vereinbarungen getroffen. Die gemeinschaftlichen Kandidaten sind: Bauer, Eichert, Leopold, Berg, Bülhard, Kreuzberger und Klus.

Dann wurde noch über den demnächst stattfindenden Verbandstag diskutiert, wobei besonders die Befehung der Statutenberatungskommission erörtert wurde. Die SPD-Betreiber werden für Leopold eintreten.

## Der Streit der Friedhofsarbeiter beendet.

Nach vierwöchiger Dauer wurde der Streit auf den evangelischen Friedhöfen abgebrochen. Mit der Jüdischen Gemeinde konnte bereits vorher eine Verständigung erzielt werden. Durch das sofortige Eingreifen der Technischen Reichsanstalt war von vornherein mit einer längeren Kampfesdauer zu rechnen. Trotzdem es der erste Streit war, den die Friedhofsarbeiter führten, war die Haltung der Streitenden ausgezeichnet. Streikbrecher aus den eigenen Reihen gab es nur sehr wenige. Der Kampf mußte abgebrochen werden, weil sich die Arbeitslosen in großen Massen den Kirchengemeinden zur Verfügung stellten.

Das Verhalten der evangelischen Kirchengemeinden lieferte den Beweis dafür, daß es ihnen in erster Linie darauf ankam, die verhärtete Organisation zu beseitigen. Wurden schon durch Inserate Arbeitswillige gesucht, die einer christlichen Organisation angehören, so verlangen jetzt die meisten Kirchengemeinden bei der Wiedereinstellung den Austritt aus der freigewerkschaftlichen und den Eintritt in die

christliche Organisation. Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wird unter Führung der Berliner Stadtynode mit Füßen getreten. Von den christlichen Gewerkschaften müßte man erwarten, daß sie schon aus Reinlichkeitsgründen ablehnen, die ihnen zugegebene Stellung der Selben zu übernehmen.

Das eigenartige Verhalten des Reichsarbeitsministeriums soll ebenfalls erwähnt werden. Zu den in Aussicht genommenen Einigungsverhandlungen waren nur die Vertreter der Kirchengemeinden geladen. Erst nach einigen Tagen hielt man es für notwendig, der Organisation mitzuteilen, daß ein weiteres Eingreifen abgelehnt werden muß. Das weitere Verhalten der Kirchengemeinden fordert zum schärfsten Protest heraus. Während einzelne Kirchengemeinden die vorher Beschäftigten ausnahmslos eingestellt haben, werden von den meisten Kirchengemeinden nur die ihnen genehmen Arbeitskräfte wieder eingestellt. Auch hier spielt die Berliner Stadtynode eine führende Rolle.

Das koalitionsfeindliche Verhalten der Kirchengemeinden ist eine Angelegenheit der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Wenn es die christliche Kirche nicht verschmäht, Kirchensteuern von freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern einzutreiben, so wird man ernstlich prüfen müssen, welche Maßnahmen gegen das getennzeichnete Vorgehen getroffen werden sollen.

## Die Wahlen im Buchbinderverband.

Am Sonnabend fand die Wahl der Angestellten der Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes statt. Es wurden insgesamt 7524 Stimmzettel abgegeben, von denen zwei unültig waren. Mit Hilfe der Unabhängigen sind die beiden kommunistischen Vorstehenden Kasper und Köhler wiedergewählt worden. Von derselben Liste wurden gewählt zum 2. Kassierer Böllner, zum Leiter der Buchbinderbranche Czernn, zum Verwaltungsbeamten Schaarschmidt. Von der Liste unserer Genossen wurden gewählt zum 1. Kassierer Bytomski, zum Sekretär der Buchbinderbranche Klabunde. Zu Verwaltungsbeamten Becher und Löpfer, zum Lokalangestellten Beil und als weibliche Hilfskraft Helene Renzel.

Der Angestelltenstreik in der Breslauer Metallindustrie dauert unvermindert fort. Neu in den Streik einbezogen sind die Automobilfirmen: Hansa Lloyd, NAG, Benz, Daimler und Opel, während die Firmen Prähel u. Küster, Strowitz u. Häbner, sowie Hordegen ausscheiden. Die bestreikten Firmen haben sämtlichen streikenden Angestellten für Montag bei Nichtwiederaufnahme der Beschäftigung durch vorgegedruckte Formulare schriftlose Entlassung angedroht. Diese Maßnahme wird selbst in Arbeitgeberkreisen als wirkungslos betrachtet. Unter den Streikenden herrscht feste Zuversicht, den Kampf erfolgreich durchzuführen.

**Generalverband der Angestellten.** Sitzung am Mittwoch 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung, Ledertrennwandhaus, Kirchgasse 40/41. — Berichterstatter: Schmidt 7 Uhr, Mitgliederversammlung, Buchbinder-Verband, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. — **Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverleger.** Freitag 7 Uhr in den Prachtzügen „El-Berlin“, Blumenstraße 16, Fortsetzung der Hauptversammlung. Wahl der Delegierten zur Hauptversammlung und anschließend Hauptversammlung des Gaus Brandenburg. — **Gewerkschaftsrat Komowes.** Sitzung des erweiterten Ratifizierungsausschusses am Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Ströde.

# Wirtschaft

## Bilanzfragen im Reichswirtschaftsrat.

Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich anlässlich einer Reihe von Eingaben der Handelskammern von Chemnitz und München-Stadbach mit der steuerlichen Behandlung der Abschreibungen für Erhaltung und Erneuerung der Werke. Der Berichterstatter Prof. Dr. Schmalenbach erläuterte, daß die nach dem Gesetz aufgestellten Bilanzen in Zeiten schwankenden Geldwertes ein falsches Bild vom Stande des Unternehmens geben müssen, weil zwei zu verschiedenen Zeitpunkten verzeichnete Zahlenwerte ohne weitere Berücksichtigung der Wertschwankung in Vergleich gesetzt werden. In Zeiten sinkenden Geldwertes entsteht dadurch ein Scheingewinn in den Bilanzen, dem am wirklichen Geldwert etwa durch Umrechnung mit Hilfe der Großhandlungs-Indizes gemessen, kein realer Gewinn entspricht, und der also im Interesse der deutschen Wirtschaft dem Unternehmen in Form von Rücklagen für Erhaltung und Erneuerung verbleiben müßte. Die §§ 33a und 33a des Einkommensteuergesetzes tragen dem bis zu einem gewissen Grade Rechnung, doch wird als Maßstab für die Höhe der notwendigen Rücklagen der „gemeine Wert“ als Grundlage genommen, der schwer bestimmbar ist. Der Berichterstatter hielt eine Reform dieser und nötigenfalls auch der bilanzrechtlichen Bestimmungen des HGB. für dringend erforderlich.

Diese Auffassung wurde von Arbeitgeberseite unterstützt. Von Arbeitnehmerseite wurde indessen eingewandt, daß solche Steuererleichterungen womöglich zu neuen Gewinnausschlüttungen oder anderen Vorteilen für die Unternehmer führen könnten, ohne die gewünschte Sicherheit und Beständigkeit der Unternehmen zu gewährleisten. Die Notwendigkeit der Rücklagen zur Erhaltung der Betriebe in der der Geldwertverwertung angepaßten Höhe wurde anerkannt.

Die Erörterung ergab, daß eine Reform des Bilanzrechtes nötig ist. Der Ausschuss beschloß daraufhin eine besondere Kommission einzusetzen.

Bericht für den Herbst Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für August: Dr. Klus, Berlin. Verlag: Schmidt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Moritz-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Eberhardstr. 3.

# Leineweber

Berlin, Kölnischer Fischmarkt 4-6

## Knaben- u. Jünglings-Kleidung

### Knaben-Kleidung

- Jacken-Anzüge grau Chev., ganz gefüttert von M. 150.— an
- Schlupf-Anzüge mel. Chev., ganz gefüttert von M. 170.— an
- Kieler Anzüge blau-weiß gestr. Drill, 4kl. bl. Garnitur von M. 105.— an
- Kieler Anzüge blau Mel. Chev., prima Ausführung von M. 305.— an
- Kieler Pyjacks blau Chev., gefüttert, mit Armstülckerei von M. 205.— an
- Ulster in modernster Verarbeitung und neuesten Dessains von M. 295.— an
- Einzelne Knab.-Stoff- u. Wasch-Hosen von M. 30.— an

### Jünglings-Kleidung

- Joppen-Wasch-Anzüge in glatt. Kato- od. Drevschubosen von M. 160.— an
- Modif. Joppen-Anzüge in den neuesten Farb- u. Formen von M. 325.— an
- Mel. u. kar. Jackett-Anzüge in den eleg. Ausfühg. von M. 330.— an
- Sommer-Sport-Paletots besonders preiswert von M. 205.— an
- Raglans in moderner Karo u. Covercoats von M. 550.— an
- Loden-Pelerinen u. Bozener Mäntel von M. 160.— an
- Gemusterte u. gestreifte Beinkleider von M. 60.— an

Sporthemden, Hüte, Mützen, Gamaschen, Stutzen, sowie sämtliche Herren-Artikel. Spezial-Kleidung für Rascn- und Wassersport

# Billiges Pfingst-Angebot

Wir liefern Ihnen Waren zu staunend billigen Preisen. Daher vergleichen Sie bitte unsere Qualitäten u. Preise und deren der Konkurrenz

<b>Tüll-Künstler-Garnituren</b> 2 Flügel, 1 Behang Or. ca. 75 x 275 x 100.	<b>Leinen-Tischdecken</b> reich bekerbelt . . . . .
68 <sup>50</sup>	46 <sup>50</sup>
<b>Tüll-Bettdecke</b> Ober 2 Betten . . . . .	<b>Diwanddecken</b> in reln. Garnware in großer Auswahl, von
59 <sup>50</sup>	95 <sup>00</sup>
<b>Allov-Net</b> ca. 130 cm breit, zum Anfert. v. Gardinen Mtr.	<b>Möbeldamast</b> 130 cm breit für Sofaüberzüge . . . Meter
16 <sup>50</sup>	67 <sup>50</sup>
<b>Erbstüll-Store</b> mit Bändchenarbeit u. Volant	<b>Läuferstoffe</b> in riesen Auswahl 26.50 19.75
42 <sup>50</sup>	10 <sup>50</sup>

# Adam's Gardinen- und Teppich-Haus

Frankfurter Allee 56 zwischen Kreuzberger- und Mainzer Straße

## Sparen Sie Geld durch Einkauf Ihres Rauchtobaks

garantiert rein, direkt vom Fabrikanten  
Verband von 1 Pfd. an  
Grobchnitt p. Pfd. 98, 15.—, 17.— u. 20.—  
Mittelschnitt p. Pfd. 98, 18.—, 21.— u. 23.—  
Feinchnitt p. Pfd. 98, 21.— u. 23.—  
Sagttabak p. Pfd. 98, 57.— u. 63.— in 50- oder 100-Mg.-Packung  
Grobchnitt für Cigaretten und die Feinchnittstoffe.  
Raucherlisten, enthalt.  
10 verschiedene Sorten  
à 10 Stk. auf 100 Stk.  
alles gegen Nachn., Verpackung frei, Porto berechnet.  
Rauchtabakfabrik „Weltweit“  
Emil Köller, Bruchsal Nr. 159 in Baden.

**Cigarren**  
10 verschiedene Sorten  
à 10 Stk. auf 100 Stk.  
alles gegen Nachn., Verpackung frei, Porto berechnet.  
Rauchtabakfabrik „Weltweit“  
Emil Köller, Bruchsal Nr. 159 in Baden.

**C & B**  
**Nutzeisen**  
Stabstabe, Bieche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenstabe, Fußstangen usw. in verschiedenen Dimensionen haben abzugeben  
**Nutzeisenabteilung, Bla.-Neukölln**  
Weserstr. 25/26 — Tel. Neuk. 4170  
**COHN & BORCHARDT**  
Zentrale: Lichtenberg, Rittergüterstr. 47/48  
Telegr.-Adresse „Ercobor“, Tel. Lichtenb. 646-647

**Stoffe**  
Herren- Anzug- und Damen- Paletotstoffe, Kostüm- und Unterstoffe  
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.—, 300.—  
Für langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bieten wir preiswerte, gute Qualitäten  
Gebr. 1893 Tuch-Lager Gebr. 1893  
**Koch & Seeland** G. m. H.  
Gertraudenstr. 20-21.

**Kaffee-Rösterei**  
A. Wiatrak Nachfolger  
**Hugo Baumgärtner**  
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 75 ad Brückenstr.  
Täglich frisch gebrannte Bohnenkaffees  
It. holl. Cacao Spezialität Guatemal-Mischungen Ind. Chin. Tee-Mischungen  
In Kaffee-Ersatz-Mischungen

**Wer! garantiert für guten Sitz und Verarbeitung!**  
**Großes Stofflager**  
**Max Motel**, Schneidmstr., Neukölln  
Ringbahnstr. 33, Tel. 909  
Alle Entwürfe und Maßschreiben.

**Fahrad-Decken**  
repariert, volle Garantie für Haltbarkeit. Neue Fahrraddecken von R. 45.— an.  
**Rob. Schnurrhosen** 100%  
Gobredstr. 79, n. Dorn. 101.

**Alte Hüte**  
werden auf neu umgeputzt, Rauchen ganz od. teilw. einjustiert. Wirkt verblühend. Auskunft ums. Vers. San. Art. G. Englbrecht, München R. 6, Kauzingerstr. 4

**Erich Fuhrmann**  
Spezialgeschäft für Trauringe  
Gotzkowskystr. 13  
empfiehlt sich allen Brautleuten  
Preisliste kostenlos  
Ankauf Gold-, Silber-, Platinbruch  
infolge Selbstverwertung zu den günstigsten Preisen  
Telephon: Moabit 9 34

**Rancherdank!!**  
Das sicherst. Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einjustiert. Wirkt verblühend. Auskunft ums. Vers. San. Art. G. Englbrecht, München R. 6, Kauzingerstr. 4

**Trauringe**  
Duk. Trauring 900 gest. 150 M. an  
Trauring 885 gest. 95 M. an  
Trauring 333 gest. 50 M. an  
Garantiescheine für gesetzl. Goldgehalt.  
Man vergleiche Gewicht und Preis mit den Preisen der Konkurrenz.

**Schlechtsitzende Korsette**  
werden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadellos umgearbeitet  
**Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche**  
jederlicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus  
**Korsettfabrik Richard Necke**  
1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Trenkow-Allee 3-5  
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 5-6  
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28  
Ecke Alts Jakobstraße 12415

**Alt-Metalle** **Blei** **Zinn** **Metall-Abfälle** Rückstände  
kauft  
**A. Iden & Lange**  
Charlottenburg, Wallstr. 30  
Tel. Wilhelm 5049

**Carl Zobel** Berlin SO 16, Cöpenickerstraße 121, Ecke Michaelkirchstraße  
**Herren-Moden** fertig und nach Maß  
Alle Größen vorhanden — Reiches Stofflager — Stets Neuheiten — Werkstatt im Hause  
Gepründet 1886 Prämiert mit Staatspreisen — Goldene Medaillen — Ehrenpreise  
Telephon: Moritzplatz 2604